



Südafrika hat eine Geschichte der rassistischen Landungleichheit

Das Erbe der Landungleichheit in Südafrika ist komplex. Während Trump und Musk die Debatte angeheizt haben, beleuchtet unser Artikel die wahren Herausforderungen und die geplanten Reformen.

Die sogenannte Landfrage ist seit Jahrzehnten ein ungelöstes Problem für Südafrika. Die **Apartheid**, die in den 1990er Jahren beendet wurde, hat ein tief verwurzeltes **Erbe der Landungleichheit** hinterlassen, nachdem Jahrhunderte lang nicht-weiße Südafrikaner von ihrem Land vertrieben wurden, um den weißen Bürgern zugutekommen. Ein Gesetz von 1913 beschränkte den Besitz von Land für Schwarze auf nur 7 %, später auf 13 % angepasst.

Aktuelle Situation der Landbesitzverhältnisse

Heute, mehr als 100 Jahre später, machen Schwarze 81 % der 63 Millionen Einwohner Südafrikas aus, besitzen jedoch laut einer Regierungslandprüfung von 2017 nur 4 % des privaten Landes.

Regierungspläne zur Behebung historischer Ungerechtigkeiten

Ein lange diskutiertes Enteignungsgesetz, das im letzten Monat von dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa unterzeichnet wurde, versucht, einige der Ungerechtigkeiten der

Apartheid zu korrigieren, indem es der Regierung erlaubt, Land zu entziehen und neu zu verteilen. In bestimmten Fällen ist eine Enteignung ohne Entschädigung erlaubt, jedoch nur, wenn dies „gerecht und fair und im öffentlichen Interesse“ ist. Bislang haben jedoch keine Enteignungen von Privateigentum stattgefunden.

Rassenspannungen und Kontroversen

Die Gesetzgebung wird von Befürwortern als notwendig erachtet, da in vielen ländlichen Gebieten große Flächen von weißen Bauern besessen werden, während schwarze und nicht-weiße Familien in überfüllte Townships gedrängt wurden, wie CNN zuvor berichtete. Doch das kontroverse Gesetz hat einige der langjährigen rassistischen Spannungen und Ungleichheiten in Südafrika in den Vordergrund gerückt und wurde nun von US-Präsident Donald Trump und dem Milliardär Elon Musk aufgegriffen, die behaupten, es diskriminiere weiße Bauern.

Musk, der in Südafrika geboren wurde, hat die Koalitionsregierung von Ramaphosa, geführt von der Afrikanischen Nationalkongress (ANC), beschuldigt, „offen rassistische Eigentumsgesetze“ zu haben. Diese Haltung wurde von einigen weißen Südafrikanern zurückgewiesen.

Stimmen gegen die Diskriminierungsvorwürfe

David Van Wyk, ein Bewohner von Bloemfontein, beschuldigte den Milliardär, sich „mit der extremen Rechten im Land anzufreunden“, die er als „Verteidiger des weißen Privilegs“ bezeichnete. Van Wyk, 66, dessen Familie Mango- und Maisfarmen betreibt, die ins Ausland exportieren, sagte gegenüber CNN, dass Trump „vollständig ahnungslos“ über die Ungleichheiten in Südafrika sei.

„Es ist Unsinn, wenn Trump den Eindruck erweckt, dass Weiße in

Südafrika Opfer sind. Wir (weiße Südafrikaner) haben Einkommen, die 10 bis 20 Mal höher sind als die Mehrheit der (schwarzen) Bevölkerung Südafrikas“, fügte er hinzu und stellte fest, dass „die Mehrheit der schwarzen Südafrikaner in dem Land ihrer Vorfahren immer noch nichts besitzt.“ Van Wyk argumentierte, dass das Enteignungsgesetz notwendig sei, um die Landungleichheiten im Land anzugehen.

Reaktionen auf das Enteignungsgesetz

Andere hingegen sind der Meinung, dass die Gesetzgebung versucht, dies „auf sehr unbeholfene Weise“ zu tun, wie Henk Smith, ein Anwalt einer gemeinnützigen Organisation, der Land Access Movement of South Africa (LAMOSA), erklärte. Smith sagte gegenüber CNN, dass seiner Ansicht nach für jedes enteignete Land eine „gerechte und angemessene Entschädigung“ gezahlt werden müsse, mit Ausnahme der Flächen, die von Bergbauunternehmen zurückgefordert werden, die ihre Lizenzen missbrauchen, sowie von staatlichen Unternehmen, die ihr Land nicht produktiv nutzen.

US-Hilfen in Höhe von 440 Millionen Dollar eingestellt

In einem **Erllass**, der am Freitag unterzeichnet wurde, hob Trump **alle Hilfen für Südafrika auf**, mit der Begründung, dies sei eine Reaktion auf die „Aktionen der Regierung, die unverhältnismäßige Gewalt gegen rassistisch benachteiligte Landbesitzer“, insbesondere Weiße Afrikaner, anheizten. Trump nutzte den Erlass auch, um die Haltung des Landes gegenüber Israel und den Krieg im Gazastreifen zu verurteilen.

Sein Erlass sah vor, dass die USA „keine Hilfe oder Unterstützung für Südafrika“ leisten sollten, weder über die US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) noch über andere Exekutivbehörden. Dies bedeutet, dass die 440 Millionen Dollar, die Südafrika in US-Hilfen erhält – der Großteil davon

fließt in den Gesundheitssektor – sofort gestoppt wurden.

Ramaphosa äußerte Bedenken über die möglichen Auswirkungen der Entscheidung der US-Regierung, einige Mittel für HIV- und TB-Programme in afrikanischen Ländern für 90 Tage auszusetzen. Er betonte, dass diese Mittel etwa 17 % der HIV-Ausgaben des Landes ausmachten. „Wir lassen uns nicht entmutigen. Wir sind ein widerstandsfähiges Volk und werden uns nicht einschüchtern lassen“, erklärte Ramaphosa.

Ängste vor Handelsbeschränkungen

In den Tagen nach dem Erlass eilte er, eine Delegation nach Washington zu entsenden, um mit der Trump-Administration zu verhandeln, bevor der Krieg der Worte weiter eskalierte. Viele Südafrikaner sind jedoch besorgt über das, was im Erlass nicht ausdrücklich erwähnt wird. Es gibt Bedenken, dass die Trump-Administration die Berechtigung des Landes zum African Growth and Opportunities Act (AGOA) entfernen könnte, einem Handelsgesetz, das den Markt zu den USA für qualifizierte Länder in Sub-Saharafrika verbessert. Eine Entfernung aus dem Handelsgesetz, das in diesem Jahr zur Erneuerung ansteht, wäre ein schwerer Schlag für Südafrikas Agrarwirtschaft, insbesondere für Zitrusbauern sowie für die Automobilindustrie.

Missverständnisse über Landenteignungen

Ein Sprecher des südafrikanischen Ministeriums für Internationale Angelegenheiten erklärte, dass die falsche Darstellung des Enteignungsgesetzes „unbegründete Ängste“ bezüglich der gezielten Angriffe auf weiße Bürger schüre. AgriSA, eine Handelsorganisation für südafrikanische Bauern, hat ebenfalls die Behauptungen über Landenteignungen als „Desinformation“ zurückgewiesen. Der Geschäftsführer von AgriSA, Johann Kotze, sagte: „Die unerwartete Unterzeichnung des Enteignungsgesetzes am 23. Januar 2025 hat politische Unruhen und unnötige Spannungen innerhalb des Agrarsystems ausgelöst. Dies wurde durch Fehlinformationen über die

Absichten des Gesetzes noch verschärft, was sich negativ auf das Investitionsklima der südafrikanischen Landwirtschaft auswirkt.“ Kotze fügte hinzu, dass bisher keine Enteignungen oder Beschlagnahmen von Privateigentum stattgefunden hätten.

Die Solidarity Movement, ein Netzwerk von afrikanischsprachigen Gemeinschaftsinstitutionen, das etwa 600.000 Mitglieder vertritt, hat erklärt, dass sie „die vielen Rassengesetze, die uns zu Bürgern zweiter Klasse machen“ verurteilt, einschließlich des Enteignungsgesetzes, jedoch nicht glaubt, dass Enteignungen stattfinden. Kallie Kriel, der Anführer der rechten Lobbygruppe AfriForum, sagte, dass Trump recht habe, dass bestimmte Sektoren der südafrikanischen Gesellschaft „sehr schlecht behandelt“ werden. „Ich denke, das ist wahr, obwohl Leute es leugnen mögen“, erklärte Kriel.

Für Jahre hat AfriForum, gegen die Beweise, behauptet, es gebe mögliche ethnische Säuberungen und ein „großflächiges Morden“ von weißen Landwirten. Ihr Interview mit Fox News führte zu einem **Tweet von Trump im Jahr 2018**, als er zum ersten Mal zu dem Thema Stellung nahm. Doch das Institute of Security Studies (ISS), eine afrikanische Forschungsgruppe, **sagte zuvor gegenüber CNN**, dass Südafrika kein Problem mit Bauernmorden hat, sondern ein allgemeineres Verbrechensproblem. Die **Mordrate** ist seit 2011 stetig gestiegen und **gewalttätige Kriminalität betrifft alle Teile der Gesellschaft**.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at